

Volksstimme

Einzelpreis 150 Milliarden

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzustellungsstelle 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Woche vom 3. bis 10. Dezember 850 Milliarden Mark, Abnehmer 810 Milliarden Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10spaltige, 27 Millimeter breite Nonpareilzeile kostet 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig. Familienanzeigen und Stellenangebote 12½ Pfennig, Vereinskalendar 20 Pfennig, die dreispaltige 90 Millimeter breite Reklamezeile kostet 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,20.) Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Plagiatoren keine Gewähr. — Postcheckkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 283.

Magdeburg, Mittwoch den 5. Dezember 1923.

34. Jahrgang.

Die englische Parlamentswahl.

Schutzoll oder Freihandel?

Das englische Parlament, das vor einem Jahre gewählt wurde, ist vor knapp vierzehn Tagen plötzlich nach Hause geschickt worden. Auf Beschluß der konservativen Partei, die im Hause der Gemeinen die starke Mehrheit hatte und daher die Regierung stellte. Die Mehrheit war nicht gefährdet. Trotzdem wurde das Parlament aufgelöst und die Neuwahl auf Donnerstag den 6. Dezember angeordnet.

Warum hat nun Baldwin diese Wahlen angeordnet? Der englische Wähler kann sich auf diese Frage zwei Antworten geben, die beide gleich unbefriedigend sind. Erstens hat der gefährdete vierte Winter der Arbeitslosigkeit begonnen; die konservative Regierung, die den Arbeitslosen kein Brot zu bieten hat, will ihnen wenigstens den Schein einer Politik bieten, sie über ihren Hunger mit dem Versprechen hinwegtäuschen, daß Schutzzölle, die den englischen Markt absperrten, die englische Arbeitskraft vor der Arbeitslosigkeit behüten würden.

Zum zweiten hat Baldwin diese unerwartete Wendung gewagt, weil alle bisherige Politik Englands seit vier Jahren Fehlschläge waren. Lloyd Georges schwankende Demagogie hat Englands Einfluß in Europa vernichtet; Bonar Law's „ruhende“ Schwäche ist binnen einem halben Jahre von der Unruhe der Arbeitslosen hinweggefegt worden, Baldwin's eigne Politik, der unsichere Versuch, Europa zu helfen, ohne dem französischen Imperialismus mehe zu tun, ist ergebnislos gescheitert. So blieb schließlich nichts als die Erkenntnis, daß „etwas geschehen müsse“. Dieses Etwas sind die Wahlen. Eine Verlegenheit und eine Ueberrumpfung. Sie sollen der

Ausgangspunkt einer neuen Politik

werden; aber der Inhalt dieser Politik ist kein neuer Gedanke, sondern ein altes Vorurteil. Ihre Parole ist darum eine im wahrsten Sinne konservativ: Schutz vor der Arbeitslosigkeit, Schutz vor der auswärtigen Konkurrenz, Schutz vor Europa!

Das frühere Parlament, dem gerade nur eine einjährige Arbeitsdauer bemessen war, bestand aus 341 Konservativen, 144 Mitgliedern der Arbeiterpartei, 55 Nationalliberalen (Lloyd George), 61 Liberalen (Asquith), 1 Kommunisten und 9 Wilden. Das Stimmenverhältnis bei den letzten Wahlen war: 5 384 000 Konservative, 4 287 000 Arbeiterpartei, 1 678 000 Nationalliberale, 2 507 000 Liberale. Durch die einfache Mechanik des englischen Wahlrechts erhielt eine Partei — die konservative — die nur eine Minorität, nämlich 38 Prozent der Stimmen erhielt, die Majorität, nämlich 56 Prozent der Mandate. Auf jedes Mandat der Konservativen entfielen im Durchschnitt 17 900 Stimmen, während es bei der Arbeiterpartei 30 800 Stimmen und bei den Liberalen (beide Fraktionen zusammengerechnet) 38 000 Stimmen waren. Eine Minorität der Wählererschaft registrierte mit einer starken parlamentarischen Majorität.

Sie den jetzigen Wahlkampf tritt die regierende konservative Partei

mit dem Vorteil desjenigen ein, der den Zeitpunkt für die Wahlen gewählt hat: ihr Parteiapparat ist vollkommen gerüstet, ihre Reihen gefüllt. Dennoch ist sie keineswegs so siegesicher. Denn sie hat wohl Mittel, aber keine Männer, und sie hat wohl eine Parole, aber keinen Geist. Ihr Führer Baldwin ist, wie ihm Freund und Feind bestätigen, ein ehrenwerter Mann, aber nichts weiter; er ist weder als Redner noch als Politiker populär. Noch unter seinem ledernen Durchschmitt steht sein Ministerium, das aus lauter Mittelmaßigkeiten zusammengesetzt ist. Die bekannteren und bedeutenderen Köpfe der konservativen Partei, vor allem Arusten Chamberlain und Lord Birkenhead, stehen durch den Fraktionsstreit verärgert im Hintergrund und tun nur gezwungen und auf die Gelegenheit lauernd mit, die sie wieder zur Führung bringen soll; sie scheitern dabei zu Lloyd George hinüber, mit dem sie schon einmal in einer Koalition saßen.

Und wie die Personen, so die Parole. Das

Schutzollschlagwort

der konservativen Partei wird lokal, das heißt in einzelnen von der Wirtschaftskrise besonders betroffenen Industriegebieten verführerisch wirken. Aber ist es in diesem Sinne leicht verständlich und populär, so ist es gleichzeitig auch leicht und mit den primitivsten Mitteln angreifbar. Ein

Argument wie das von Lloyd George geprägte Wort, daß Baldwin die britische Reichsregierung mit „toten Fischen“ zusammenbinden wolle — Fiskalconserven sind einer der Haupteinfuhrartikel der britischen Kolonien, für die sie nun Vorzugszölle erhalten sollen — zeigt das Niveau der öffentlichen Diskussion an. Dazu kommt, daß eine ganze Anzahl von Konservativen bei der letzten Wahl als erklärte Anhänger des Freihandels gewählt wurden und — bei der großen Autonomie, die die englische Demokratie der Selbstbestimmung des einzelnen Wahlkreises gewährt — abermals als solche kandidieren. Im Gegensatz zur offiziellen Parole der Partei, der sie angehören und die sie unterstützen!

So wird die Idee des Schutzolls, der selbst nichts als der verkörperte Ausdruck der lokalen Beschränkung ist, durch die kleinen Lokalinteressen durchbrochen. So ruht ein alter konservativer Gedanke als Notbehelf in den Händen kleiner und unsicherer Männer. Klein und unsicher ist darum die Form, die er in diesem Wahlkampf annimmt. „Wir sind uns selbst die Nächsten“, „wir wollen unser eigenes Herdfeuer warm erhalten“ — das sind so die Sittensprüchelein, mit denen Baldwin in den Wahlkampf zieht, er, der sich in seiner Antwort auf ein andres Lloyd Georgesches Wort selbst als den „ehrlichen Spengler“ bezeichnet hat, der Englands Nöte — zwei Millionen Arbeitslose — „flücken“ will. Schutzoll ist die Schranke zum Prinzip erhoben; Schutzollpropaganda wird zum Ausdruck der Beschränktheit.

Die Schutzollagitation findet nun den Gegner auf dem gleichen Niveau. Die Liberalen brauchen nichts andres zu tun, als ihre ältesten Radenrüter aus dem Kampffeld der Freihandelskampagne hervorzuholen. Und in diesem Zeichen der wiederbelebten Banalität der wiederausgegrabenen Schlagwörter hat auch

Lloyd George seine Wiederauferstehung

gefeiert und mit ihm ein Libus, der von der einstigen Größe nur noch die Geste hat. Lloyd George hatte es verstanden, durch ein Amerikaner die Aufmerksamkeit wieder auf sich zu lenken; er kam gerade im richtigen Augenblick zurück, um sich mit Spannung entgegensehen zu lassen. Manche erwarteten von ihm eine Ueberrumpfung: die Zusammenfassung des rechten Flügels der Liberalen mit der oppositionellen Gruppe in der konservativen Partei — derselben, mit der er in und nach dem Kriege die Koalition gebildet hatte — zu einer „Partei der Mitte“. Er brachte auch eine Ueberrumpfung, aber eine andre. Von einem Tag auf den andern

einigte er sich mit Asquith

und machte so aus den in persönlichen Streitigkeiten zerplühten liberalen Fraktionen wieder eine Partei, die, wenn auch nicht den Schwung, so doch den Schein der Einheitlichkeit hat und mit Lloyd George, dem alten Asquith und Winston Churchill ein Trio bekannter Persönlichkeiten ins Feld stellt. Von ihnen ist Asquith der formelle und Lloyd George der faktische Führer; ihm ist es noch einmal gelungen, geschickt eine günstige Konjunktur auszunutzen und ganz im Vordergrund in den Wahlkampf zu ziehen.

Tatsächlich ist er noch immer einer der populärsten Männer Englands, dessen Volkstümlichkeit unter den Konservativen kein Gegengewicht hat und heute höchstens von Macdonald erreicht wird. Man mißtraut ihm, aber man hört ihn gern, man weiß, daß er lügt, aber man drängt sich zu seinen Reden. Manche wollen das damit erklären, daß er in diesem nüchternen, phantasielosen Lande der einzige Redner ist, dem Bilder zur Verfügung stehen, unter so vielen langweiligen Ehrenmännern der einzige herzhafte Schwindler. . . .

Die Abschätzung des Wahlausfalls geht in England dahin, daß die konservative Mehrheit wiederkehren wird. Die Parole der herrschenden Partei ist für den Durchschnitt leicht verständlich: schließt England ab und wir können unsern innern Markt ungehindert durch die billige Konkurrenz, leicht ordnen. Aber der Schutzoll läßt sich in England nur dann einführen, wenn die konservative Partei eine erhebliche Verstärkung erfährt. Mit knapper Mehrheit werden in Mutterlande der Demokratie wirtschaftsfürzende Gesetze nicht verabschiedet.

Die Frage ist also nicht die, ob die Konservativen im neuen Parlament eine Mehrheit erhalten — niemand bezweifelt, daß dies der Fall sein wird —, sondern ob sie groß genug sein wird, um das Bagatill der handelspolitischen Umkehr tätigen zu können.

Diese Frage wird am Donnerstag entschieden werden. Die Antwort der englischen Wähler wird für Deutschland große Bedeutung haben. Sie wird die deutsche Wirtschaft wie die deutsche Außenpolitik stark beeinflussen. Wir haben daher alle Veranlassung, die englischen Wahlergebnisse ernst zu prüfen und zu wägen. —

Die erste Niederlage des Bürgerblods.

Sie wird bestimmt kommen. Fraglich ist nur, welche Folgen sich daran schließen werden.

Die Regierung Marx wird sich heute dem Reichstag vorstellen. Sie wird zugleich vom Parlament eine Blankobollmacht einfordern, das „kleine“ Ermächtigungsgesetz genannt. Es hat folgenden Wortlaut:

§ 1.

Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Maßnahmen zu treffen, die sie im Hinblick auf die Not von Volk und Reich für erforderlich und dringend erachtet. Eine Abweichung von den Vorschriften der Reichsverfassung ist nicht zulässig. Die erlassenen Verordnungen sind dem Reichstag und dem Reichsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Sie sind aufzuheben, wenn der Reichstag dies in zwei Abstimmungen, zwischen denen ein Zeitraum von mindestens einer Woche liegen muß, verlangt.

§ 2.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Es tritt am 15. Februar 1924 außer Kraft.

Es ist keine Frage, daß dieses Gesetz die Verfassung ändert, die die Gesetzgebung allein dem Reichstag zuweist. Folglich muß eine qualifizierte Mehrheit für die Vorlage aufgebracht werden. Das heißt, es müssen bei der Abstimmung zwei Drittel aller Abgeordneten anwesend sein und von diesen müssen zwei Drittel für den Entwurf stimmen.

Daran ist nicht zu denken. Die Sozialdemokratie wird einem Bürgerblock nicht eine Blankobollmacht ausstellen, in die die Regierung hinein schreiben kann, was ihr beliebt. Ohne die Sozialdemokratie, die mehr als ein Drittel der Sitze innehat, ist eine qualifizierte Mehrheit nicht zu bilden. Folglich wird die Regierung Marx schon mit ihrem ersten Gesetzesentwurf Schiffbruch erleiden.

Von Rechts wegen müßte sie zurücktreten, kaum daß sie aufgetreten ist. Das möchten die Parteien vermeiden, die sie stützen. Es werden daher Pläne ausgeheckt, ihr Bleiben zu ermöglichen und zugleich die Reichstagsauflösung zu vermeiden. Es besteht nicht viel Aussicht, daß die Quadratur des parlamentarischen Zirkels gelöst werden kann.

Der Montag ist mit Besprechungen ausgefüllt worden. Nacheinander waren sämtliche Parteiführer beim neuen Kanzler. Auf die Frage der Sozialdemokraten wurde geantwortet, daß die Regierung Marx nicht daran denkt, den militärischen Belagerungszustand sofort aufzuheben. In Bayern und die Aufhebung der Parteiverbote nicht zu denken.

Dann ist eben an eine Annahme des Ermächtigungsgesetzes auch nicht zu denken. Und es bliebe der Ausnahmeparagraph 48 der Verfassung übrig, der dem Reichstag ausschaltet, während der Reichstag besteht.

Das kann sich kein Parlament gefallen lassen. Uebrig bleibt noch nur die Auflösung, wenn sich der Bürgerblock auch noch so sehr gegen das letzte Mittel wehrt.

Zehnstundentag in Staatsbetrieben.

Die Nachricht, daß die Regierung des Bürgerblocks ihre Tätigkeit mit der Einführung des Zehnstundentags für die Beamten beginnen will, hat in den Kreisen der Betroffenen nicht geringe Erregung hervorgerufen. Es sind manchem bürgerlichen Wähler plötzlich die Augen aufgegangen. Es sind viele auf einmal recht schweigend geworden, die vordem voll Eifer waren in dem Nachweis, daß für die Arbeiter der Zehnstundentag ein Unfug wäre.

Der Allgemeine deutsche Beamtenbund teilt mit, daß er sich gegen die Absichten der Reichsregierung mit aller Entschiedenheit wehren wird. Der Bund ist der Auffassung, daß die Arbeitszeit für die Beamten nicht auf dem Verordnungsweg, sondern wie für die Arbeiter durch ein Arbeitszeitgesetz geregelt werden muß.

Wie der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ mitteilt, besteht bei der Regierung die Absicht, auch die Dienst-

Wacht. Es ist klar, daß es dem folgenden Jahrhundert vorbehalten blieb, den Kampf um die Gleichberechtigung der Arbeiterklasse zu führen.

Drittens: Im Weltkrieg hat man der Arbeiterschaft viel Versprechungen gemacht. Man hatte sie dringend nötig. Wie hat man ihnen da, in der Presse, in Versammlungen und Behörden zugerufen: „Wir werden es nie vergessen, daß wir alle Brüder sind!“

Diese Versprechungen sind nie gehalten worden. Von brüderlicher Stimm gegenüber der Arbeiterklasse ist wenig mehr zu verspüren.

Wie sollte sich das in der Sorge um den Profit und die Sehung seiner „Substanz“ aufgehende Unternehmertum soweit zurückliegender Dinge jezt noch erinnern? Heute darauf hinzuweisen, ist von den „glücklicherweise“ recht selten gewordenen „Rathederzialisten“ recht unbedacht. Professor Dr. Franke ist tot, Luigi Brentano ist alt und Hertner hat noch rechtzeitig umgelernt. In der „wilden“ Schweiz mögen sich noch einige dieser unbequemen Wahrheitsfanatiker erhalten können. In Deutschland ließe man sie total verhungern, wenn sie herborzutreten wagten. Wir sind hier beim „Wiederaufbau der Wirtschaft“, wobei jede Störung streng zu vermeiden ist. Von der Wahrheit raucht kein Schornstein. „Abbau“ und unbezahlter Rehnstunden tag für den „Bruder“ Arbeiter! —

Zarif- und Lohnpolitik der Arbeitgeber.

Der Nachrichten der Verband (Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände) Nr. 5 entnehmen wir folgende Anweisungen: „1. Solange noch nicht hinreichend wertbeständige Zahlungsmittel für volle Lohnzahlungen in Gold zur Verfügung stehen, kann die Vereinbarung der sofortigen Uebergang zur Festsetzung der Löhne in Goldbeträgen zentral nicht empfohlen. Im Einbernehmen mit dem Reichsfinanzministerium soll deswegen für die Uebergangszeit die Tarifierung nach wie vor in Papiermark erfolgen.“

2. Soweit wertbeständige Zahlungsmittel zur Verfügung stehen, kann ein Teil des Lohnes, umgerechnet nach dem Kurs am Auszahlungstag, wertbeständig ausgezahlt werden. Notwendig ist dabei, daß der prozentuale Anteil der wertbeständigen Zahlungen im allgemeinen gleichmäßig gehalten wird und nur schrittweise bei zunehmendem Umlauf wertbeständigen Geldes steigt. 10 Prozent höchster Anfangsbetrag. Ausgabe wertbeständiger Notgelde mit Rücksicht auf hohe Inflationsgefahr nur mit Vorsicht und Zurückhaltung. Deckung nur in Goldanleihe wegen deren Kontingenzierung, nicht auch in Devisen. Zu weitgehende Hoffnungen dürfen für die Uebergangszeit nicht erweckt werden, zumal das wertbeständige Geld boretzt auch gebamtert und damit dem neuen Lohnzahlungsverkehr entzogen wird.“

3. Ziel der Entwicklung ist der reine Goldtarif. Die Uebergangszeit muß auf mindestens 6 bis 12 Wochen geschätzt werden.“

4. Der Goldlohn muß unter dem Friedenslohn liegen. Wir müssen im Lohnkonto billiger produzieren wie das Ausland und wie im Frieden. Wie hoch der Goldlohn im prozentualen Verhältnis zum Friedenslohn sein kann, läßt sich zentral nicht gleichmäßig bestimmen. Absolute Anchnung an den Friedensnominallohn nicht möglich, da sich Wirtschaftss-, Kalkulations- und Absatzverhältnisse in allen Industriezweigen unterschieden geändert haben. Scharfste Kalkulation des Lohnanteils. Festsetzung des Goldlohns deswegen auf vollkommen neuer Basis im Rahmen der wirtschaftlichen Tragbarkeit. Maßlose Forderungen der Arbeiter und unbedachte Nachgiebigkeit der Unternehmer birgt höchste Gefahr für den Bestand der Wirtschaft in sich. Rückgang der deutschen Produktion und der zur Verteilung kommenden Gütermenge drückt auf den Reallohn. Nur schnellste und nachdrücklichste Produktionssteigerung und Produktionsverbilligung stellt im Laufe der Zeit eine Steigerung des Reallohnes in Aussicht. Friedensgoldlöhne deswegen nur für Friedensleistung. Festsetzung des Goldlohnarfs Sand in Hand mit den Maßnahmen zur Produktionssteigerung und der Ausschaltung des unproduktiven Zerlaufs.“

5. Goldlohnarfs darf nicht einfach durch Umrechnung des bestehenden Papiermarktarifs in Gold gefunden werden. Damit würden die Fehler der bisherigen Lohnpolitik in der Frage der Spannen auch im Goldtarif bereivigt. Die Spanne zwischen den gelernten und ungelerten, den Erwachsenen und Jugendlichen, den männlichen und weiblichen Arbeitern muß nach den Bedürfnissen der Produktion und in Anlehnung an die Friedensverhältnisse wieder vergrößert werden. Soziallohn auch im Goldtarif. Unwirtschaftliche Umgruppierung der Arbeitskräfte, die durch den Krieg und die Nachkriegsverhältnisse eingetreten ist (z. B. Angelernte an Plätzen qualifizierter Arbeiter ohne deren Leistung) muß wieder ausgeglichen werden.“

6. Ein sogen. Goldwertmehrfachfaktor kommt zurzeit beim Uebergang zum Goldlohnarfs nicht in Anrechnung.“

7. Goldtarif soll grundsätzlich nur im Wege der Einigung der beiden Tarifparteien, nicht aber durch Schiedspruch und Verbindlichkeitsklärung zustande kommen.“

8. Die Gewerkschaftler verlangen Umstellung des amtlichen Lebenshaltungsindex in Gold. Die Frage, mit welcher Kaufkraft etwa die Goldlohnarfs abzuschließen seien, ist noch ungeklärt und vor Abschluß des Uebergangs zu reinen Goldpreisen in der Wirtschaft auch kaum zu übersehen. Es besteht aber auf jeden Fall die Gefahr, daß auch die Goldlohnarfs sofort einer automatischen Anpassung an den Lebenshaltungsindex unterworfen werden sollen. Da der Uebergang zum Goldtarif und zur Goldrechnung ohnehin mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit zu einer Sebung unersetzlicher Preisniveaus führen wird, müßte eine Unterwerfung der Goldtarifs unter den Lebenshaltungsindex unbedingt zur Katastrophe führen. Auch aus diesem Grunde ist also weitgehende Vorsicht und Zurückhaltung geboten.“

Wir gehen herrlichen Zeiten entgegen, wenn die Unternehmer ihre scharfste Lohnkalkulation unbehindert durchführen können. Nur geschäftes und einmütiges taktisches Vorgehen aller Gewerkschaften bietet Gewähr, daß die Angriffe des Unternehmertums gehörig pariert werden können. Erste Vorbedingung dazu ist, daß die Zahl der Gewerkschaftler sich noch vermehrt, der Zusammenhalt fester als je zuvor wird. —

Generalversammlung der mitteldeutschen Bergarbeiter.

Am Sonntag tagte in Magdeburg für die mitteldeutschen Bergbaubezirke eine außerordentliche Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes unter dem Vorsitz des Verbandsvorsitzenden Gusemann. Anwesend waren 77 Delegierte aus den Bezirken Halle, Senftenberg, Zeitz, Nordhausen und Gildesheim. Die Generalversammlung war notwendig geworden wegen der bevorstehenden Tarifkämpfe und Lohnfragen und der Arbeitszeitfrage. Aus dem Revier Zeitz war ein Vertreter der sogenannten Opposition erschienen, dessen Zulassung jedoch mit allen gegen vier Stimmen abgelehnt wurde.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Gärtnner (Gildesheim) über die Stellungnahme zur Kündigung der Manteltarifs. Er führte aus: Die Arbeitgeber wollen durch die Kündigung der Tarifs versuchen, für sich günstige Verträge mit den einzelnen Belegschaften abzuschließen. Sie wollen versuchen, die Tarifs überhaupt abzuschließen. Die Arbeitgeber fordern Verhandlungen über Steigerung der Arbeitsleistungen. Wir werden zugunsten, uns an den Verhandlungen zu beteiligen und Vorschläge über die weitere Anwendung des Achtstundentags zu machen.

Dabei wird es sich herausstellen, ob die Arbeitgeber nach den Erfordernissen der Volkswirtschaft allein, oder ob sie aus Machtkünkel lediglich die Vorkriegsarbeitszeit haben wollen. Die Frage der Leistungssteigerung müßte beachtet werden. Die Durchführung durch die Arbeitszeitverlängerung allein müßte jedoch verneint werden.

Zum zweiten Punkte der Tagesordnung referierte Schmidt vom Hauptvorstand in Bochum über die Lohnfrage. Das Referat gipfelte in der Forderung, daß auf dem Verhandlungswege die Goldlöhne unter allen Umständen zu erstreben seien. Das kann nur geschehen zurzeit nicht durch Streiks, sondern auf dem Wege der Verhandlung, um auf jeden Fall wieder zum Abschluß von Tarifverträgen zu kommen.

An der Aussprache beteiligte sich eine große Anzahl der Delegierten. In großen Zügen wurde die Politik des Vorstandes abgelehnt, jedoch gefordert, die Lohnpolitik, da die Löhne völlig unzureichend seien, auf der Grundlage bedeutender höherer Forderungen zu führen, weil die übrige Industrie zum Teil versucht, auf der Lohnbasis der Bergarbeiter die gesamte Lohnpolitik zu führen.

Die folgende Entschlieung wurde einstimmig angenommen:

Die Generalversammlung nimmt Kenntnis von der durch die Unternehmer erfolgten Kündigung der Tarifverträge im Braunkohlen-, Kalk- und Erzbergbau. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die Unternehmer mit der Kündigung die Wiedereinführung der Vorkriegsarbeitszeit und weiteren Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse erzielen wollen, um nur auf Kosten der Arbeiter die Produktion zu heben und zu verbilligen. Die Generalversammlung verurteilt das Vorgehen einiger Braunkohlen-Bergwerksbesitzer, die unter Tarifbruch und unerhöhtem Terror eine verlängerte Arbeitszeit eingeführt haben. Die Generalversammlung erkennt an, daß alle organisatorischen, technischen und sonstigen geeigneten Mittel angewandt werden müssen, um im Interesse der Allgemeinheit die Produktion zu steigern und zu verbilligen. Sie bestritt aber, daß dies nur durch Verlängerung der Arbeitszeit möglich ist. Allen Versuchen, die Vorkriegsarbeitszeit wieder einzuführen, muß und wird die Bergarbeiterchaft härtesten Widerstand entgegensetzen. Die Verhandlung wird beauftragt, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um neue Tarifverträge zustande zu bringen. Es ist bei den Verhandlungen auch die Frage der Produktionssteigerung und Verbilligung mit zu erörtern. Das Ergebnis der Verhandlungen ist dann einer neuen Generalversammlung oder Konferenz zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

Sodann referierte Verbandsvorsitzender Gusemann über Verhandlungsangelegenheiten. Er betonte, daß in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise jeder Widerstreit in den Reihen der Kameraden im Interesse des Gesamtverbandes und der Erhaltung des Gewerkschaftsgebändens unbedingt zu unterbleiben habe. Nur dann sei es möglich, unter den jetzigen Verhältnissen für die Bergarbeiterchaft erträgliche Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Gusemann fand einstimmige Zustimmung und damit auch die bisherige Haltung des Gesamtverbandsvorstandes in allen Fragen.

Ein Zeiter Delegierter verteidigte das Vorgehen der dortigen oppositionellen Kommission und behauptet, daß in der Kommission kein Boden für etwaige Nachgiebigkeit einer Partei sei. Lediglich die Verbandsinteressen seien maßgebend gewesen, die zur Bildung dieser Kommission geführt haben. Er steht weiter auf dem Standpunkte, daß Beitragsperre unter keinen Umständen durchgeführt werden darf. Die Organisation dürfe nicht zertrümmert werden und die Kommission wolle nur alle Abtrünnigen wiedergewinnen.

Die Generalversammlung konnte sich mit diesem Vorgehen jedoch nicht einverstanden erklären.

Zum Schluß wurde dem Gesamtvorstand, dessen bisherige Mitglieder in der Supplache dem Ruhrgebiet einfließen, ein Verbandsbeitrag, bestehend aus vier mitteldeutschen Kameraden, angegliedert.

Mit einem fernigen Schlußwort und der Aufforderung, daß jeder an seinem Plage, den Verband über alles stellend, seine Pflicht tun müsse, schloß Gusemann mit einem begeistert aufgenommenen Hoch die außerordentlich anregend verlaufene Generalversammlung.

Dollar Amtliche Notiz 4,2 Billionen vom Dienstag

Herunter mit den Preisen!

Die Wädrinnung gibt bekannt, daß der Milchpreis für ein 2000 Gramm schweres Schwarzbrot auf 800 Milliarden ermäßigt wird. Das Brot kostet demnach immer noch 80 Goldpfennig, ist also teurer als das Friedensbrot, aber erfreulich bleibt immerhin die rückläufige Bewegung. Preisentfaltungen sind auch auf andern Gebieten erfolgt besonders haben Margarine-, Fett- und Fleischpreise nachgelassen. Margarine kostete heute 70 bis 100 Goldpfennig oder 800 bis 1000 Milliarden Papiermark. Ueber Preisabbau kommen Meldungen aus allen Teilen des Reiches. Magdeburg, das im Preisabbau leider sehr schnell arbeitete, folgt allem Anzeichen nach im Abbau sehr schwerfällig. Die Fleisch- und Wurmpreise waren in Magdeburg außergewöhnlich hoch. Übertrafen die Berliner, Hamburger Preise bedeutend, in der Herabsetzung sind aber trotzdem die genannten Städte voraus.

In Berlin verbilligten sich am Montag die Mäckerpreise um 25 Prozent Gemälde bis zu 50 und Fleisch um 35 bis 40 Prozent. In Hamburg haben Geschäfte trotz der Berliner Notierung den Multiplikator bereits auf 800 Milliarden heruntergesetzt. Dadurch ist eine nicht unwesentliche Verbilligung der Waren eingetreten. Zum Beispiel sank der Milchpreis von 49 auf 35 Goldpfennig und Ochsenfleisch war je nach Qualität auf dem Viehmarkt für 15 bis 45 Goldpfennig (Lebendgewicht) zu haben.

Ursachen der Preisentfaltung.

Im allgemeinen wird die Preisentfaltung auf die Vermehrung wertbeständiger Zahlungsmittel zurückgeführt. Die Geschäftskreise können jezt besser kalkulieren, die Risikozuschläge, die in der Zeit der zutragenden Papiermark berechnet und jeden Tag erhöht wurden, haben ihre Berechtigung verloren. Es wurde hinaufgezogen häufig ohne rechnerische Unterlage. Es herrschte nur eine Furcht, man könnte zu billig verkaufen, der Dollarstand von morgen könnte jede Wiederbeschaffung unmöglich machen. So kamen die wilden Preisnotierungen und Preisstreitereien zustande. Nun ist mit dem wertbeständigen Geld eine gewisse Ruhe in die Geschäftswelt eingeogen, mit der Ruhe eine höhere Berechnung, damit aber auch größeres Angebot, und das größere Angebot löst wieder die Furcht aus, die Preise könnten noch mehr sinken, also loschlagen, nicht zurückbleiben. Weil die Preisbewegung nach rückwärts sicher zum Teil auf diese psychologische Ursache zurückzuführen ist, soll man sich nicht allzu große Hoffnungen auf den weiteren Abbau machen. Das wertbeständige Geld, der Stillstand des Dollars kann eine verlässliche Berechnung ermöglichen und dadurch Spekulationsgewinne zum Teil ausschalten, aber das Geld kann die Warenmenge nicht vermehren, also das Angebot nicht demnach auf der Höhe erhalten. Aus dem Warenangebot rücken sich aber die Preise.

Von Berliner Sachverständigen wird über die Ursache der Abgang der Fleischpreise folgendes behauptet:

Preisherabsetzungen sind eingetreten, weil das Angebot an Fleisch größer ist als die Nachfrage und weil die Kaufkraft der Verbraucher nachgelassen hat, daß heute vielfach direkte Absatzleistungen in den Fleischereien entfallen sind. Seit Einführung des wertbeständigen Geldes hat sich auch ein starkes Nachlassen der sogenannten Hamsterkäufe bemerkbar gemacht, während bis in vorige Woche das Publikum gewohnt war, seine Papiermarkbeträge sofort in Lebensmitteln anzulegen. Sie einigermassen vor der Entwertung zu schützen, greift es jezt vielfach wieder zu der Sparmethode der Friedenszeit, indem es das Geld zurücklegt, das ja wertbeständig bleibt und jezt zu beliebigen Einkäufen verwendet werden kann. Da nun denn die Geschäfte entgehenkommen, um Umsatz zu erzielen.

Zu einem Teil wird die Preisentfaltung auch auf das Eingreifen der Behörden zurückzuführen sein. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand am 30. November mit Vertretern des Berliner Fleischergewerbes eine Besprechung wegen Herabsetzung der Fleischpreise statt. Die Beteiligten wurden aufgefordert, die gegenwärtigen Preise unverzüglich herabzusetzen und für die Zukunft auf der Grundlage der tatsächlichen Herstellungskosten und unter Einrechnung eines Gewinnzuschlags der den im Frieden für die Gewichtseinheit gehaltenen Verdienst keinesfalls überschreiten darf, die Preise in Goldmark neu festzusetzen. Die Vertreter des Fleischergewerbes jagten zu, daß sie in ihren Kreisen auf die Einhaltung dieser Richtlinien hinwirken werden. Erfolgte die Herabsetzung nicht oder nicht in genügendem Maße, dann sollten Preisprüfstellen und Polizeibehörden mit allem Nachdruck eingreifen.

Außerdem hat die preussische Regierung die Oberpräsidenten angewiesen, unter allen Umständen die Warenpreise auf ein erträgliches Niveau herunterzudrücken. Um die Bevölkerung zur Mitkontrolle zu veranlassen, werden die Friedenspreise von Zeit zu Zeit in Zukunft in den Zeitungen veröffentlicht. Die Preisprüfstellen sind angewiesen, die Friedenspreise als Unterlage für ihre Beurteilung der Preise zu gebrauchen. Kommen die Händler den Anordnungen der Preisprüfstellen nicht nach, dann soll die Wucherpolizei sofort eingreifen. Sie ist beauftragt, in erster Linie mit der Entziehung der Handelslaubnisse zu arbeiten.

Beseitigt den Rabatt.

Auf Rentenmark und andre wertbeständige Zahlungsmittel gewöhnten Geschäftskreise immer noch Rabatt. Die Behörden haben so gar gefordert, daß auf die Rentenmark Rabatt gewährt wird. Die Rabattgewährung auf wertbeständige Zahlungsmittel ist aber nicht nur eine große Ungerechtigkeit gegenüber den Leuten, die immer noch keine Renten mark bekommen haben, sie erschwert auch den geschäftlichen Verkehr. Die Preise werden damit nicht gesenkt, denn der Rabatt wird selbstverständlich vorher berechnet, sie werden nur hochgehalten in der Hand der Käufer, die kein wertbeständiges Geld haben. Außerdem wird größte Verwirrung angerichtet und die Preisentfaltung erschwert.

Viele Geschäftskreise haben den Rabatt schon abgebaut, nun sollten auch die Rabattverfügen, die keinen Sinn mehr haben, zurückgenommen werden. —

Viehpreise auf dem heutigen Viehmarkt.

Die Ueberwachungskommission auf dem hiesigen Viehmarkt setzte heute folgende Richtpreise für das Pfund fest:

Lebendgewicht: Rinder bis 0,75, Kälber bis 0,85, Schafe und Hammel bis 0,70, Schweine bis 1,20 Goldmark, über 275 Pfund schwer 10 Prozent mehr.

Ladenverkaufspreise in Goldmark: Rindfleisch mit Knochen 2.—, Geh Rindfleisch (ohne Knochen) 2,40, Roher Talg 2.—, Ausgelassener Talg 2,40, Schweinefleisch 2,40, Gehacktes Schweinefleisch 2,90, Speck (Flomen) 3.—, Geräucherter Speck 3,50, Wurstfleisch 3,50, Rohwurst 3,20, Schmalz 3,50, Kalbfleisch 1,90, Hammelfleisch 1,80.

Die Preise sind wiederum etwas niedriger als in der Vorwoche und gelten vom Mittwoch den 5. Dezember an. Sie sind gegenüber den Friedenspreisen noch viel zu hoch und muß unter allen Umständen erwartet werden, daß in Zukunft eine gerechtere Anpassung an die Einkommensverhältnisse der breiteren Bevölkerungsschichten erfolgt. Die Friedenspreise werden vorläufig wohl kaum erreicht werden können, da allgemein der Weltmarktpreis für Lebensmittel um. um 60 Prozent höher steht als vor dem Krieg. Aber selbst wenn diese 60 Prozent umgebiligt werden, so ragen die vorgeannten Preise noch weit darüber hinaus. —

Notizen.

Die Ruhrarbeiter hatten am Achtstundentag fest. Verhandlungen in Essen zwischen den Gewerkschaften und den Industriellen wegen Wiedereinführung der zehnstündigen Arbeitszeit sind gescheitert, da die Vertreter des Metallarbeiterverbandes erklärten, am Achtstundentag festzuhalten. Auch die Verhandlungen der Arbeitervereiner mit der Firma Krupp sind aus demselben Grunde abgebrochen worden. —

Deutschland-Komitee der Internationalen Arbeiterhilfe. Zur Förderung und zur Mitarbeit an der von der Internationalen Arbeiterhilfe eingeleiteten Hungerhilfeaktion hat sich ein Deutsches Komitee der Internationalen Arbeiterhilfe konstituiert. Zu Vorsitzenden wurde die Reichstagsabg. Marthilde Wurm und Lotkar Wolff, als Sekretär der Landtagsabgeordnete Rabold gewählt. Zu Mitgliedern und Anmeldeungen sind zu richten an das Komitee der Internationalen Arbeiterhilfe, Berlin W 8, Unter den Linden 11. —

Gnadengesuch der Frankfurter Geschwornen. Wie die „Frankfurter Zeitung“ erzählt, haben die Geschwornen im Falle der Ermordung des Staatsanwalts Haas ein Gnadengesuch eingereicht, daß sich auf die zu Buchhaus verurteilten Angeklagten bezieht und in dem der Wunsch geäußert wird, daß diese Angeklagten bei guter Führung die Strafe in Gefängnis umzuwandeln erhalten.

Neue Spezialabkommen mit der Ingenieurkommission. Die Reihe der Spezialabkommen mit der Ingenieurkommission ist durch den Abschluß des Hoesch-Konzerns vermehrt worden. Das Stahlwerk Hoesch ist infolgedessen in einer sehr günstigen Lage, als die Nachzahlung für die Kohlensteuer in Fortfall kommt, weil die von dem Stahlwerk bisher abtransportierten Eisenerzengen den Betrag der Kohlensteuer sogar noch übersteigen. Die Arbeit auf dem Werke dürfte in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden, ebenso auf den angegliederten Hoesch des Köln-Neuesener Bergwerksvereins. Aus Düsseldorf wird gemeldet, daß Sonderabkommen im Rahmen des Düsseldorfervertrags mit folgenden Gruben abgeschlossen worden sind: Gfener Steinhilberbergwerk, Konjanz, Gibernia, Kettelkampbau, Märkische Bergbau, Neuglück, Konzen Schwamm. —

Ein Ehrensabell für Troski. Die Arbeiterschaft des Gebietes von Dahestan im Kaukasus, dessen Waffenruhe durch ihre kunstvollen Sabell, Dolche usw. in kostbarer Silberarbeit seit Jahrhunderten berühmt ist, hat, wie der Dr.-Kampf mitteilt, einen Sabell anfertigen lassen und diesen mit einer Adresse als Ehrensabell an Troski überreicht. Troski hat in einem Brief an den Rat der Volkskommissare seinen Dank ausgesprochen. —

Es ist klar, daß es dem folgenden Jahrhundert vorbehalten blieb, den Kampf um die Gleichberechtigung der Arbeiterklasse zu führen.

Drittens: Im Weltkrieg hat man der Arbeiterschaft viel, sehr viel Versprechungen gemacht. Man hatte sie dringend nötig. Wie hat man ihnen da, in der Presse, in Versammlungen und Behörden zugerufen: „Wir werden es nie vergessen, daß wir alle Brüder sind!“

Diese Versprechungen sind nie gehalten worden. Von brüderlichem Sinne gegenüber der Arbeiterklasse ist wenig mehr zu verspüren.

Wie sollte sich das in der Sorge um den Profit und die Hebung seiner „Substanz“ aufgehende Unternehmertum soweit zurückliegender Dinge jetzt noch erinnern? Heute darauf hinzuweisen, ist von den „glücklicherweise“ recht selten gewordenen „Rathedersozialisten“ recht unbedacht. Professor Dr. Franke ist tot, Uiso Brentano ist alt und Herrner hat noch rechtzeitig umgelenkt. In der „wilden“ Schweiz mögen sich noch einige dieser unbequemen Wahrheitsfanatiker erhalten können. In Deutschland ließe man sie total verhungern, wenn sie hervortreten wollten. Wir sind hier beim „Wiederaufbau der Wirtschaft“, wobei jede Störung streng zu vermeiden ist. Von der Wahrheit raucht kein Schornstein. „Abbau“ und unbezahlter Feiertagsmühen für den „Bruder“ Arbeiter! —

Tarif- und Lohnpolitik der Arbeitgeber.

Den Nachrichten der Verband (Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände) Nr. 5 entnehmen wir folgende Anweisungen: „1. Solange noch nicht hinreichend wertbeständige Zahlungsmittel für volle Lohnzahlungen in Gold zur Verfügung stehen, kann die Vereinbarung des sofortigen Uebergangs zur Festsetzung der Löhne in Goldbeträgen zentral nicht empfohlen. Im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzministerium soll bestrebt werden für die Uebergangszeit die Tarifierung nach wie vor in Papiermark erfolgen.“

2. Soweit wertbeständige Zahlungsmittel zur Verfügung stehen, kann ein Teil des Lohnes, umgerechnet nach dem Kurs am Auszahlungstag, wertbeständig ausgezahlt werden. Wichtig ist dabei, daß der prozentuale Anteil der wertbeständigen Zahlungen im allgemeinen gleichmäßig gehalten wird und nur schrittweise bei zunehmendem Umlauf wertbeständiger Geld steigt. 10 Prozent höchster Anfangsbetrag. Ausgabe wertbeständiger Mittelgesetze mit Rücksicht auf hohe Inflationsgefahr nur mit Vorsicht und Zurückhaltung. Deckung nur in Goldanleihe wegen deren Kontingentierung, nicht auch in Devisen. Zu weitgehende Forderungen dürfen für die Uebergangszeit nicht ertrotzt werden, zumal das wertbeständige Geld vorerst auch gehamptert und damit dem neuen Lohnzahlungsverkehr entzogen wird.

3. Ziel der Entwicklung ist der reine Goldtarif. Die Uebergangszeit muß auf mindestens 6 bis 12 Wochen geschätzt werden.

4. Der Goldlohn muß unter dem Friedenslohn liegen. Wir müssen im Lohnkonto billiger produzierender wie das Ausland und wie im Frieden. Wie hoch der Goldlohn im prozentualen Verhältnis zum Friedenslohn sein kann, läßt sich zentral nicht gleichmäßig bestimmen. Absolute Anrechnung an den Friedensnominallohn nicht möglich, da sich Wirtschaftskrisen, Inflationen und Absatzverhältnisse in allen Industriegruppen entscheidend geändert haben. Schärfteste Kalkulation des Lohnanteils. Festsetzung des Goldlohns deswegen auf vollkommen neuer Basis im Rahmen der wirtschaftlichen Tragbarkeit. Maßlose Forderungen der Arbeiter und unbedachte Nachgiebigkeit der Unternehmer birgt höchste Gefahr für den Bestand der Wirtschaft in sich. Niedrigere Produktion und der zur Verteilung kommenden Gütermenge drückt auf den Reallohn. Nur schnellste und nachdrücklichste Produktionssteigerung und Produktionsverbilligung stellt im Laufe der Zeit eine Steigerung des Reallohnes in Aussicht. Friedensgoldlöhne deswegen nur für Friedensleistung. Festsetzung des Goldlohnanteils in Gold mit den Maßstäben zur Produktionssteigerung und der Ausschüttung des unproduktiven Beerlaufs.

5. Goldlohn darf nicht einfach durch Umrechnung des bestehenden Papiermarktarifs in Gold gefunden werden. Damit würden die Fehler der bisherigen Lohnpolitik in der Frage der Spannen auch im Goldtarif verewigt. Die Spanne zwischen den gelernten und ungelerten, den Erwachsenen und Jugendlichen, den männlichen und weiblichen Arbeitern muß nach den Bedürfnissen der Produktion und in Anlehnung an die Friedensverhältnisse wieder vergrößert werden. Soziallohn auch im Goldtarif. Unwirtschaftliche Umgruppierung der Arbeitskräfte, die durch den Krieg und die Kriegsverhältnisse eingetreten ist (z. B. Angelernte an Plätzen qualifizierter Arbeiter ohne deren Leistung) muß wieder ausgeglichen werden.

6. Ein sogen. Goldentwertungsfaktor kommt zurzeit beim Uebergang zum Goldlohn nicht in Anrechnung.

7. Goldtarif soll grundsätzlich nur im Wege der Einigung der beiden Tarifparteien, nicht aber durch Schiedspruch und Verbindlichkeitsklärung zustande kommen.

8. Die Gewerkschaftler verlangen Umstellung des amtlichen Lebenshaltungsindezes in Gold. Die Frage, mit welcher Laufdauer etwa die Goldlohnverträge abzuschließen seien, ist noch ungeklärt und vor Abschluß des Uebergangs zu reinen Goldpreisen in der Wirtschaft auch kaum zu übersehen. Es besteht aber auf jeden Fall die Gefahr, daß auch die Goldlohnverträge sofort einer automatischen Anpassung an den Lebenshaltungsindezer unterworfen werden sollen. Da der Uebergang zum Goldtarif und zur Goldrechnung ohnehin mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit zu einer Hebung unseres Preisniveaus führen wird, müßte eine Unterwerfung der Goldtarife unter den Lebenshaltungsindezer unbedingt zur Katastrophe führen. Auch aus diesem Grunde ist also weitgehende Vorsicht und Zurückhaltung geboten.

Wir gehen herrlichen Zeiten entgegen, wenn die Unternehmer ihre schärfste Lohnkalkulation unbehindert durchführen können. Nur geschäftes und einmütiges taktisches Vorgehen aller Gewerkschaften bietet Gewähr, daß die Angriffe des Unternehmertums gehäuft pariert werden können. Erste Vorbedingung dazu ist, daß die Zahl der Gewerkschaftler sich noch vermehrt, der Zusammenhalt fester als je zuvor wird. —

Generalversammlung der mitteldeutschen Bergarbeiter.

Am Sonntag tagte in Magdeburg für die mitteldeutschen Bergarbeiter eine außerordentliche Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes unter dem Vorsitz des Verbandsvorstandes Gusemann. Anwesend waren 77 Delegierte aus den Bezirken Halle, Senftenberg, Zeitz, Nordhausen und Hildesheim. Die Generalversammlung war notwendig geworden wegen der bevorstehenden Tarifkämpfe und Lohnfragen und der Arbeitslosigkeit. Aus dem Revier Zeitz war ein Vertreter der sogenannten Opposition erschienen, dessen Zulassung jedoch mit allen gegen vier Stimmen abgelehnt wurde.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Gärtnert (Hildesheim) über die Stellungnahme zur Kündigung der Manteltarife. Er führte aus: Die Arbeitgeber wollen durch die Kündigung der Tarife versuchen, für sich günstige Verträge mit den einzelnen Bezirken abzuschließen. Sie wollen versuchen, die Tarife überhaupt abzuschütteln. Die Arbeitgeber fordern Verhandlungen über Steigerung der Arbeitsleistungen. Wir werden tun, was an den Verhandlungen zu beteiligen und Vorschläge über die fernere Anwendung des Achtstundentages zu machen.

Dabei wird es sich herausstellen, ob die Arbeitgeber nach den Erfordernissen der Volkswirtschaft allein, oder ob sie aus Nachsicht lediglich nur die Vorkriegsarbeitszeit haben wollen. Die Frage der Leistungssteigerung muß bejaht werden. Die Durchführung durch die Arbeitszeitverlängerung allein müßte jedoch verneint werden.

Zum zweiten Punkte der Tagesordnung referierte Schmidt vom Hauptvorstand in Bochum über die Lohnfrage. Das Referat gipfelte in der Forderung, daß auf dem Verhandlungsweg die Goldlöhne unter allen Umständen zu erstreben seien. Das kann nur geschehen zurzeit nicht durch Streike, sondern auf dem Wege der Verhandlung, um auf jeden Fall wieder zum Abschluß von Tarifverträgen zu kommen.

An der Aussprache beteiligte sich eine große Anzahl der Delegierten. In großen Zügen wurde die Politik des Vorstandes gutgeheißen, jedoch gefordert, die Lohnpolitik, da die Löhne völlig unzureichend seien, auf der Grundlage bedeutend höherer Forderungen zu führen, weil die übrige Industrie zum Teil versucht, auf der Lohnbasis der Bergarbeiter die gesamte Lohnpolitik zu führen.

Die folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen: Die Generalversammlung nimmt Kenntnis von der durch die Unternehmer erfolgten Kündigung der Tarifverträge im Braunkohlen-, Kalk- und Erzbergbau. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die Unternehmer mit der Kündigung die Wiedereinführung der Vorkriegsarbeitszeit und weiteren Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse erzielen wollen, um nur auf Kosten der Arbeiter die Produktion zu heben und zu verbilligen. Die Generalversammlung verurteilt das Vorgehen einiger Braunkohlen-Bergwerksbesitzer, die unter Tarifbruch und unerhöhtem Löhne eine verlängerte Arbeitszeit eingeführt haben. Die Generalversammlung erkennt an, daß alle organisatorischen, technischen und sonstigen geeigneten Mittel angewandt werden müssen, um im Interesse der Allgemeinheit die Produktion zu steigern und zu verbilligen. Sie bestreitet aber, daß dies nur durch Verlängerung der Arbeitszeit möglich ist. Allen Versuchen, die Vorkriegsarbeitszeit wieder einzuführen, muß und wird die Bergarbeiterchaft schärfsten Widerstand entgegensetzen. Die Verhandlung wird beauftragt, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um neue Tarifverträge zustande zu bringen. Es ist bei den Verhandlungen auch die Frage der Produktionssteigerung und Verbilligung mit zu erörtern. Das Ergebnis der Verhandlungen ist dann einer neuen Generalversammlung oder Konferenz zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

Sodann referierte Verbandsvorsitzender Gusemann über Verhandlungsangelegenheiten. Er betonte, daß in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise jeder Widerstreit in den Reihen der Kameraden im Interesse des Gesamtverbandes und der Erhaltung des Gewerkschaftsgedankens umbedingt zu unterbleiben habe. Nur dann sei es möglich, unter den jetzigen Verhältnissen für die Bergarbeiterchaft erträgliche Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Gusemann fand einstimmige Zustimmung und damit auch die bisherige Haltung des Gesamtverbandesvorstandes in allen Fragen.

Ein Zeiter Delegierter verteidigte das Vorgehen der dortigen oppositionellen Kommission und behauptet, daß in der Kommission kein Boden für etwaige Nachgesülte einer Partei sei. Lediglich die Verbandsinteressen seien maßgebend gewesen, die zur Bildung dieser Kommission geführt haben. Er sieht weiter auf dem Standpunkte, daß Beitragsperze unter keinen Umständen durchgeführt werden darf. Die Organisation dürfe nicht zertrümmert werden und die Kommission wolle nur alle Abzweigungen wiedergewinnen.

Die Generalversammlung konnte sich mit diesem Vorgehen jedoch nicht einverstanden erklären.

Zum Schluß wurde dem Gesamtvorstand, dessen bisherige Mitglieder in der Hauptsache dem Ruhrgebiet entstammen, ein Verbandsbeirat, bestehend aus vier mitteldeutschen Kameraden, angegliedert.

Mit einem feierlichen Schlußwort und der Aufforderung, daß jeder an seinem Platze, den Verband über alles stellend, seine Pflicht tun müsse, schloß Gusemann mit einem begeistert aufgenommenen Hoch die außerordentlich anregend verlaufene Generalversammlung.

Dollar Amtliche Notiz 4,2 Billionen vom Dienstag

Herunter mit den Preisen!

Die Wädrinnung gibt bekannt, daß der Milchpreis für ein 2000 Gramm schweres Schwarzbrot auf 800 Milliarden ermäßigt wird. Das Brot kostet demnach immer noch 80 Goldpfennig, ist also teurer als das Friedensbrot, aber erfreulich bleibt immerhin die rückläufige Bewegung. Preisentfaltungen sind auch auf anderen Gebieten erfolgt, besonders haben Margarine, Fett- und Fleischpreise nachgelassen. Margarine kostete heute 70 bis 100 Goldpfennig oder 800 bis 1000 Milliarden Papiermark. Ueber Preisabfall kommen Meldungen aus allen Teilen des Reiches. Magdeburg, das im Preisbau leider sehr schnell arbeitete, folgt allem Anschein nach im Abbau sehr schwerfällig. Die Fleisch- und Wurstpreise waren in Magdeburg außergewöhnlich hoch. Übertrafen die Berliner, Hamburger Preise bedeutend, in der Herabsetzung sind uns aber trotzdem die genannten Städte voraus.

Ursachen der Preisentfaltung.

Im allgemeinen wird die Preisentfaltung auf die Vermehrung wertbeständiger Zahlungsmittel zurückgeführt. Die Geschäftleute können jetzt besser kalkulieren, die Risikozuschläge, die in der Zeit der entsetzlichen Papiermark berechnet und jeden Tag erhöht wurden, haben ihre Berechtigung verloren. Es wurde hinangezeichnet häufig ohne rechnerische Unterlage. Es herrschte nur eine Furcht, man könnte zu billig verkaufen, der Dollarstand von morgen könnte jede Wiederbeschaffung unmöglich machen. So kamen die wilden Preisentfaltungen und Preisbreiten zustande. Nun ist mit dem wertbeständigen Geld eine gewisse Ruhe in die Geschäftswelt eingezogen, mit der Ruhe eine höhere Berechnung, damit aber auch größeres Angebot, und das größere Angebot löst wieder die Furcht aus, die Preise könnten noch mehr sinken, also loschlagen, nicht zurückbleiben. Weil die Preisbewegung nach rückwärts sicher zum Teil auf diese psychologische Ursache zurückzuführen ist, soll man sich nicht allzu große Hoffnungen auf den weiteren Abdem machen. Das wertbeständige Geld, der Stillstand des Dollars kann eine verständige Berechnung ermöglichen und dadurch Spekulationsgewinne zum Teil ausschalten, aber das Geld kann die Warenmenge nicht vermehren, also das Angebot nicht dauernd auf der Höhe erhalten. Nach dem Warenangebot richtet sich aber die Preise.

Von Berliner Sachverständigen wird über die Ursache der Abgangs der Fleischpreise folgendes gesagt:

Preisherabsetzungen sind eingetreten, weil das Angebot augenblicklich größer ist als die Nachfrage und weil die Käufer, demnach nachgelassen hat, daß heute vielfach direkte Absatzschwierigkeiten in den Fleischläden entstanden sind. Seit Einführung des wertbeständigen Geldes hat sich auch ein starkes Nachlassen der sogenannten Hamsterkäufe bemerkbar gemacht, während bis in vorige Woche das Publikum gewohnt war, seine Papiermarkbeträge sofort in Lebensmitteln anzulegen, sich einigermaßen vor der Entwertung zu schützen, greift es jetzt vielfach wieder zu der Sparmethode der Friedenszeit, indem es das Geld zurücklegt, das ja wertbeständig bleibt und jederzeit zu beliebigen Einkäufen verwendet werden kann. Da müßte, denn die Geschäfte entgegenkommen, um Umsatz zu erzielen.

Zu einem Teil wird die Preisentfaltung auch auf das Eingreifen der Behörden zurückzuführen sein. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand am 30. November mit Vertretern des Berliner Fleischergewerbes eine Besprechung wegen Herabsetzung der Fleischpreise statt. Die Beteiligten wurden aufgefordert, die gegenwärtigen Preise unverzüglich herabzusetzen und für die Zukunft auf der Grundlage der tatsächlichen Verhältnisse zu stehen und unter Einrechnung eines Gewinnzuschlags der den im Frieden für die Gewerkschaften geübten Verdienst keinesfalls überschreiten darf, die Preise in Goldmark neu festzusetzen. Die Vertreter des Fleischergewerbes sagten zu, daß sie in ihren Kreisen auf die Einhaltung dieser Richtlinien hinwirken werden. Erfolgte die Herabsetzung nicht oder nicht in genügendem Maße, dann sollten Preisprüfstellen und Polizeibehörden mit allem Nachdruck eingreifen.

Außerdem hat die preussische Regierung die Oberpräsidenten angewiesen, unter allen Umständen die Warenpreise auf ein erträgliches Niveau herunterzudrücken. Um die Bevölkerung zur Mitkontrolle zu veranlassen, werden die Friedenspreise von Zeit zu Zeit in Zukunft in den Zeitungen veröffentlicht. Die Preisprüfstellen sind angewiesen, die Friedenspreise als Unterlage für ihre Beurteilung der Preise zu gebrauchen. Kommen die Händler den Anordnungen der Preisprüfstellen nicht nach, dann soll die Wucherpolizei sofort eingreifen. Sie ist beauftragt, in erster Linie mit der Entziehung der Handelslaubnisse zu arbeiten.

Beseitigt den Rabatt.

Auf Rentenmark und andre wertbeständige Zahlungsmittel gewöhnten Geschäftsleute immer noch Rabatt. Die Behörden haben sofort gefordert, daß auf die Rentenmark Rabatt gewährt wird. Die Rabattgewährung auf wertbeständige Zahlungsmittel ist aber nicht nur eine große Ungerechtigkeit gegenüber den Leuten, die immer noch keine Renten mark bekommen haben, sie erschwert auch den geschäftlichen Verkehr. Die Preise werden damit nicht gesenkt, denn der Rabatt wird selbstverständlich vorher berechnet, sie werden nur hoch gehalten für die Käufer, die kein wertbeständiges Geld haben. Außerdem wird größte Verwirrung angerichtet und die Preiskontrolle erschwert.

Viele Geschäftleute haben den Rabatt schon abgebaut, nun sollten auch die Rabattverfügen, die keinen Sinn mehr haben, zurückgenommen werden. —

Wiedpreise auf dem heutigen Viehmarkt.

Die Ueberwachungskommission auf dem heutigen Viehmarkt setzte heute folgende Richtpreise für das Pfund fest: Lebendgewicht: Rinder bis 0,75, Kälber bis 0,85, Schafe und Hammel bis 0,70, Schweine bis 1,20 Goldmark, über 275 Pfund schwer 10 Prozent mehr. Ladenverkaufspreise in Goldmark: Rindfleisch mit Knochen 2.—, Sch. Rindfleisch (ohne Knochen) 2,40, Roter Talg 2.—, Ausgeschlener Talg 2,40, Schweinefleisch 2,40, Gehacktes Schweinefleisch 2,90, Speck (Flomen) 3.—, Geräucherter Speck 3,50, Bratwurst, fetts 3,50, Kochwurst 3,20, Schmalz 3,50, Kalbfleisch 1,90, Hammelfleisch 1,80.

Die Preise sind wiederum etwas niedriger als in der Vorwoche und gelten vom Mittwoch den 5. Dezember an. Sie sind gegenüber den Friedenspreisen noch viel zu hoch und muß unter allen Umständen erwartet werden, daß in Zukunft eine gerechtere Anpassung an die Einkommensverhältnisse der breiteren Bevölkerungsschichten erfolgt. Die Friedenspreise werden vorläufig wohl kaum erreicht werden können, da allgemein der Weltmarktpreis für Lebensmittel um 60 Prozent höher steht als vor dem Krieg. Aber selbst wenn diese 60 Prozent umgekehrt werden, so ragen die vorgenannten Preise noch weit darüber hinaus. —

Notizen.

Die Ruhrarbeiter halten am Achtstundentag fest. Verhandlungen in Essen zwischen den Gewerkschaften und den Industriellen wegen Wiedereinführung der zehnstündigen Arbeitszeit sind gescheitert, da die Vertreter des Metallarbeiterverbandes erklärten, am Achtstundentag festzuhalten. Auch die Verhandlungen der Arbeitervertreter mit der Firma Krupp sind aus demselben Grunde abgebrochen worden. —

Deutschland-Komitee der Internationalen Arbeiterhilfe. Zur Förderung und zur Artarbeit an der von der Internationalen Arbeiterhilfe eingeleiteten Hungeraktion hat sich ein deutsches Komitee der Internationalen Arbeiterhilfe konstituiert. Zu Vorsitzenden wurde die Reichstagsabg. Mathilde Wurm und Lothar Wolf, als Sekretär der Landtagsabgeordnete Rabold gewählt. Zuwartungen und Anmeldungen sind zu richten an das Komitee der Internationalen Arbeiterhilfe, Berlin W 8, Unter den Linden 11. —

Erkundigung der Frankfurter Geschworenen. Wie die „Frankfurter Zeitung“ erzählt, haben die Geschworenen im Falle der Ermordung des Staatsanwalts Haas ein Erkundigung eingeleitet, daß sich auf die zu Buchhaus verurteilten Angeklagten bezieht und in dem der Wunsch geäußert wird, daß diese Angeklagten bei guter Führung die Strafe in Gefängnis umzuwandeln erhalten. Neue Spezialabkommen mit der Ingenieurkommission. Die Reihe der Spezialabkommen mit der Ingenieurkommission ist durch den Abschluß des Goetz-Konzerns beendet worden. Das Stahlwerk Goetz ist insofern in einer sehr günstigen Lage, als die Nachzahlung für die Kohlensteuer in Fortfall kommt, weil die von dem Stahlwerk bisher abtransportierten Eisenerzengen den Betrag der Kohlensteuer sogar noch übersteigen. Die Arbeit auf dem Werke dürfte in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden, ebenso auf den angegliederten Hütten des Köln-Neuenfelder Bergwerksvereins. Aus Düsseldorf wird gemeldet, daß Sonderabkommen im Rahmen des Düsseldorfervertrages mit folgenden Gruben abgeschlossen worden sind: Essener Steinlohnbergwerk Konjanz, Hibernia, Vettelkampban, Märkische Bergbau, Neuglück, Rangern Schumann. —

Ein Ehrenjabel für Trocki. Die Arbeiterschaft des Gebiets von Daghestan am Kaukasus, dessen Waffenschmiede durch ihre kunstvollen Säbel, Dolche usw. in höherer Silberarbeit seit Jahrhunderten berühmt sind, hat wie der Ost-Europäer mittel, einen Säbel anfertigen lassen und diesen mit einer Adresse als Ehrengeschenk an Trocki übersandt. Trocki hat in einem Brief an den Rat der Volkskommissare seinen Dank ausgesprochen. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 5. Dezember 1923.

Preisentwicklung auf dem Markte.

Gestern nachmittag unternahmen Frauen fürnliche Patronillen... Preisentwicklung auf dem Markte...

Table with 4 columns: Item, Price 1, Price 2, Price 3. Items include Schweinefleisch, Rindfleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch, Geflügel, Speck, Schmalz, Salz, Fleischwaren, Obst, Gemüse, Getreide, etc.

Die Fleisch- und Wurstpreise sind wieder in Goldmarkt angegeben. Man hofft selbstverständlich, daß die Preise noch weiter sinken...

Eine dauernde Befundung kann nur kommen durch eine Verlebung der Produktion, durch Vermehrung der Warenmengen...

Protestversammlung der Händler.

Eine am 2. Dezember abgehaltene Versammlung der Händler... Protestversammlung der Händler...

Goldpreise vor dem Kriege und jetzt.

Zu der Eingabe der Gewerkschaften an den Reichsarbeitsminister ist darauf hingewiesen worden, daß die Goldpreise heute wesentlich höher sind als vor dem Kriege...

Table with 3 columns: Item, Price in Goldmark, Increase in %.

Denkt an die Arbeitslosen!

Zu diesem Jahre fällt das Weihnachtsest auf einen Dienstag, und ebenfalls auf einen Dienstag der Renjahrestag...

Und wo man noch nicht daran gedacht hat, sollen diese Zeilen daran erinnern.

Damit allein ist es aber nicht getan. Die gegenwärtigen Sätze der Erwerbslosenunterstützung sind so niedrig, daß sie vielleicht gerade zur Festigung der kümmerlichsten Existenz hinreichen...

Das können die Gemeinden aber nur, wenn die Reichskassen die Genehmigung geben. Und deshalb sollten die Gemeindebehörden in Stadt und Land sofort an die Regierung dieherhalb herantreten...

Verenigte sozialdemokratische Partei.

Achtung, Beitragskassierer: Die Beitragskassierer müssen sich am Freitag bei ihrem Bezirkskassierer melden.

Ein nachträgliches Gruß. Wer still seine Pflicht erfüllt, nicht viel Welens auf sich macht, ferret auch seine Familienangelegenheiten...

Sonntagsstunden für Arbeiter. Am Sonntag findet im Frankfurterheim die zweite Veranstaltung statt. Aus Goethes buntem Faubergarten...

Vom Beamtenabbau. In Friedrichs Zeitschriften sprach in einer von der Ortsgruppe des Deutschen Beamtenbundes einberufenen Versammlung Reichsminister A. D. Schiffer über Reformen des Staatswesens und Beamtenabbau...

Die Infanterie an Kriegshinterbliebenen wird Freitag den 7. Dezember von 9 bis 3 Uhr in den Räumen des Versorgungsamts nach folgender Einteilung gezahlt...

Erwerbslosen-Unterstützung. Die bis zum 24. November gültigen Unterstützungsätze für Erwerbslose haben auch für die Tage vom 26. November bis 1. Dezember Gültigkeit...

Billige Exportaufbesserung von Lebensmitteln. Mit Wirkung vom 5. Dezember 1923 werden folgende ercheinliche landwirtschaftliche Erzeugnisse: Butter, Eier, Käse, frische Beeren...

Der Weihnachtsmarkt. Für die Sonntage vom 16. und 23. Dezember ist das Festleben von Waren auf dem Weihnachtsmarkt und von Weihnachtsbäumen von 12 bis 6 Uhr nachmittags zugelassen...

Für die Kleinrentnerfürsorge ist eine Spende von 320 Pfund Sperrfleisch eingegangen. Die hochwillkommene Gabe ist Georg Turner, einem jetzt in England lebenden ehemaligen Magdeburger Bürger...

Die Zahnärzte streiken nicht. Vom Verband der Magdeburger Zahnärzte wird uns mitgeteilt, daß sie am Streike der Ärzte nicht beteiligt sind.

Einlösung von Marken. Von den in der Zeit vom 26. bis 30. November an der Postämtern zum Verkauf freigegebenen Marken...

Die Kanalgebühr für den Monat Dezember beträgt bei nach dem Nutzungswert veranlagten (Wohn-)Grundstücken...

Das Schweizer Kinderhilfskomitee teilt mit, daß die seit August und September in der Schweiz befindlichen Magdeburger Kinder am Freitag den 7. Dezember, abends 11 Uhr, in Magdeburg (Hauptbahnhof) eintreffen.

Zum Gastspiel der Wanderschau Zirkus Henry. Kaum ist das Gastspiel der Gebr. Bienenfeld beendet und schon sieht man an allen Straßenecken, Bretterzäunen und sonstigen zum Anschlag freigegebenen Stellen hunte Plakate...

Damenhandtasche mit Inhalt gefunden. Am 27. November ist im Schaltervorraum des Postfachamts eine Damenhandtasche, enthaltend 43 Millionen Mark...

Theater, Konzerte, Vorträge etc. Stadttheater. Donnerstag (Anrecht aufgehoben): Andine. Freitag (6. Abend): Lohengrin. Sonnabend nachmittag: Die Puppenfee...

Magdeburger Volksbühne. Sonnabend den 6. Dezember, 7 1/2 Uhr. Stadtmittelschule Kammerkonzert. Der Herr Graf a-cappella-Vereinigung...

Nachrichten aus der Provinz.

Kreis Ratze. Schönebeck. Wilhelm Ladebeck. Am Dienstag morgen 1/2 5 Uhr schied unser Genosse Wilhelm Ladebeck, Zweiter Bürgermeister von Schönebeck, aus dem Leben...

Kreis Wanzleben. Groß-Ottersleben. Parteiverammlung. Am Donnerstag abend 7 Uhr findet in der Mädchenschule eine Mitglieder-Versammlung statt...

Kreis Jerichow 1. Burg. Die Preisprüfungsstelle befahte sich am Sonnabend mit der Nachprüfung der Mehl- und Brotpreise. Gegenüber dem Einwand, daß zwischen dem amtlichen Kornpreis und dem Mehlpreis eine viel höhere prozentuale Spanne bestehe...

